

## Bericht der Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt nach Abschluss der Zwangsumsiedlungen 1961

Bericht des Operativstabs der Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt über die Stimmung der Bevölkerung nach den Zwangsumsiedlungen von Oktober 1961 zur Sicherung der innerdeutschen Grenze.

In der Nacht vom 12. auf den 13. August 1961 ließ die SED-Führung die Sektorengrenze nach West-Berlin abriegeln. Dies war eine Reaktion auf die sich im Frühjahr 1961 rapide verschlechternde wirtschaftliche Lage der DDR, zunehmende Versorgungsprobleme und wachsende Flüchtlingsströme. Zehntausende Menschen verließen jeden Monat die DDR in Richtung Westen. Darunter waren vor allem gut ausgebildete junge Arbeiter und Akademiker.

Wenige Wochen nach dem Mauerbau ordnete das Regime weitere Maßnahmen zur Sicherung der innerdeutschen Grenze an. Unter dem Codenamen Aktion "Festigung" wurden tausende Menschen entlang der Grenze, die als politisch "unzuverlässig" galten, zwangsweise umgesiedelt. Diese Personen auszuwählen, war Aufgabe der Stasi.

Nach Abschluss der Zwangsumsiedlungen dokumentierte und analysierte die Stasi regelmäßig die Lage an der Grenze zur Bundesrepublik. Ein solcher Bericht ist auch vom Operativstab der Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt überliefert. Der Stimmungsbericht entstand wenige Tage nach der 10. Tagung der SED-Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt am 16. Dezember 1961, an der auch Walter Ulbricht teilnahm.

---

**Signatur:** BArch, MfS, AS, Nr. 204/62, Bd. 12, Bl. 2-4

---

### Metadaten

Diensteinheit: Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt  
Datum: 23.12.1961

## Bericht der Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt nach Abschluss der Zwangsumsiedlungen 1961

Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt  
- Operativstab -

BStU  
000002

Karl-Marx-Stadt, den 23. 12. 61  
430/61

21 1768161  
30.19

Betr.: Lage an der Staatsgrenze West

Im Berichtszeitraum hat sich die Lage an der Staatsgrenze West nicht wesentlich verändert. Nach wie vor wird zu politischen Fragen sehr wenig Stellung genommen und im allgemeinen sehr wenig und vor allem sehr vorsichtig diskutiert.

Eine allumfassende Auswertung der 10. Tagung der Bezirksleitung unserer Partei erfolgte in den Grenzgemeinden noch nicht. Es gab lediglich vereinzelte Diskussionen zu den kadermäßigen Veränderungen in der Bezirksleitung. Dabei kam oftmals zum Ausdruck:

"Überall dort, wo Walter Ulbricht auftaucht, wird tüchtig aufgeräumt. - Warum mußte aber erst er kommen, um die Fehler und Mängel aufzudecken?"

In der Gemeinde Grobau Krs. Plauen wird besonders die Ablösung des Gen. [redacted] begrüßt, da er dort immer äußerst überheblich aufgetreten sei. Er solle jetzt einmal LPG-Vorsitzenden machen, um einmal zu erfahren, wie es wirklich in der praktischen Arbeit ausschehe.

Wie aus den geführten Gesprächen der Bevölkerung der Grenzgemeinden hervorgeht, haben sie sich noch immer nicht mit der Sperrzeit ab 21.00 Uhr abgefunden. Man könnte sich dadurch nichts mehr vornehmen und in keiner Gaststätte in Ruhe sein Bier trinken, sondern müsse nur sehen, so schnell wie möglich wieder nach Hause zu kommen um die Sperrzeit nicht zu überschreiten. - Derartige Diskussionen treten vor allem an der Staatsgrenze West des Kreises Oelsnitz in Erscheinung.

Ferner besteht nach wie vor oftmals kein Einverständnis der dortigen Bürger mit dem angeordneten Ausbau des West-Kanals aus den Fernsehgeräten. Die Reaktion bei der Lösung

- 2 -

## Bericht der Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt nach Abschluss der Zwangsumsiedlungen 1961

- 2 -

BStU  
000003

dieses Problems und ähnlicher Fragen ist teilweise: "Siedelt uns doch aus".

Aufgrund der Sicherungsmaßnahmen entlang der Staatsgrenze West ergeben sich für verschiedene LPG Umstellungen in der Verrichtung ihrer Feldarbeiten, wobei die Frage der Arbeitskräfte eine Rolle spielt.

So hat z. B. die LPG Posseck Krs. Gelsnitz den größten Teil der Felder - auf ca. 14. km Länge - an der Westgrenze. Durch die Sperrung einiger Straßen und Wege sowie die Anordnung zum Verlassen der Felder bei Einbruch der Dunkelheit erhöht sich der Arbeitsaufwand. Um weitere Arbeitskräfte für die LPG zu gewinnen, wurde in Posseck eine Kommission gebildet, die diesbezüglich mit zurzeit auswärts arbeitenden Bürgern sprechen wird.

Schwierigkeiten treten beim Verkauf der zurückgelassenen Rinder der umgezogenen Personen auf. Von den einzelnen LPGen wurden zum damaligen Zeitpunkt die Tiere übernommen, in der Annahme, daß sie dafür den Soll-Preis zu zahlen haben. Jetzt wird jedoch der sollfreie Aufkaufspreis gefordert, was z. B. für die LPG Großröhrsdorf Krs. Plauen eine Summe von 60.000,- DM und für die LPG Ruderitz Krs. Plauen ausmacht. Derartig hohe Beträge sind jedoch in den LPGen nicht eingeplant. Seitens des Rates des Bezirkes werden zurzeit mit dem Ministerium für Landwirtschaft, Erfassung und Forstwirtschaft noch Verhandlungen geführt, um die Frage der Bezahlung zu klären. - Lt. Ministerratsbeschuß müssen die Verkäufer die sollfreien Aufkaufspreise erhalten.

In der Grenzkompanie Heinersgrün Krs. Gelsnitz wird die Wachsamkeit von verschiedenen Angehörigen der Abt. Grenze größtenteils vernachlässigt. Die Wachvergehen innerhalb dieser Kompanie sind erheblich angestiegen.

In der Nacht vom 5. zum 6. 12. 61 entfernten sich z. B. 4 Soldaten, die an der Staatsgrenze West ihren Dienst zu verrichten hatten, vorzeitig von ihrem Postenbereich und begaben sich zur Kompanie. Dort verbrachten sie die restliche Zeit in der Autogarage.

- 3 -

Bericht der Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt nach Abschluss der Zwangsumsiedlungen 1961

- 3 -

BStU  
000004

Die Tätigkeit des Gegners an der Staatsgrenze West verlief im Berichtszeitraum im üblichen Rahmen.  
Es werden weiterhin Aufklärungsflüge mit Hubschrauber und Flugzeugen durchgeführt.  
Die Bewegung der Fahrzeuge war im allgemeinen gering. Ebenfalls wurde keine besondere Postentitätigkeit beobachtet.

Lediglich der westdeutsche Zoll hat seine Streifen verstärkt, wozu Angehörige des Zolls aus Maila und Hof zum Grenzdienst eingesetzt werden, die mit VW-Bus zum 8-Stunden-Dienst an die Grenze kommen.

- Leiter des Operativstabes -

*Barthel*  
(Barthel)  
Hptm.